



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Braunschweiger Bundestagsabgeordneter Dr. Christos Pantazis spricht sich für Untersuchungsausschuss im Fall Maaßen aus

„Ich erwarte eine lückenlose Aufklärung zu diesen Enthüllungen: Wie konnte ein Rechtsextremer wie Maaßen Verfassungsschutzpräsident werden und über so lange Zeit bleiben? “

Braunschweig, 05.02.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Laut Recherchen des ARD-Politikmagazins *Kontraste* und des Nachrichtenportals *t-online* wurde der ehemalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen im nachrichtendienstlichen Informationssystem in der Sparte Rechtsextremismus geführt. Dazu der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Pantazis:

„Es ist skandalös und ein Armutszeugnis, dass es in einem Rechtsstaat dazu kommen konnte, dass ein Rechtsextremer die Leitung der obersten Verfassungsschutzbehörde übernimmt. Seine widerlichen Aussagen über den ‚großen Austausch‘ lassen sofort an das vom *Correctiv* aufgedeckte Treffen der Rechtsextreme in Potsdam denken. Es zeigen sich eindeutige Parallelen in der verschwörungstheoretischen Weltansicht. Wie Maaßen mit derartigen Überzeugungen, die ganz klar gegen unsere demokratische Grundordnung gehen, einen solchen Posten bekleiden konnte, und zwar über einen so langen Zeitraum hinweg, ist für mich nicht nachvollziehbar und gleicht einer absoluten Katastrophe. Es braucht dringend einen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag, um die Vorgänge, die in der Zeit seiner Präsidentschaft stattgefunden haben, lückenlos aufzuklären. Nur mit Transparenz kann Vertrauen in den Verfassungsschutz als eine demokratische Institution wiederhergestellt werden.“